



**Jusos Sachsen**

Könneritzstraße 7  
01067 Dresden

Telefon  
Internet  
E-Mail

(0351) 4335629  
<http://www.jusos-sachsen.de>  
[oliver.pape@spd.de](mailto:oliver.pape@spd.de)

Chemnitz, 7. Februar 2004

## **Beschlussbuch Landesausschuss 7.2.2004 @ Chemnitz**

### **Inhalt**

Für Demokratie Courage zeigen.....	2
Gleichberechtigung für Schwule und Lesben.....	2
Politik statt Basta!.....	2
Für eine starke Jugendkultur.....	3
Studiengebührenverbot.....	3
Reform des Bestattungsrechtes im Freistaat Sachsen.....	3
Wider Softwarepatente.....	3
Erhaltung des Rechts auf digitale Privatkopie.....	4
Bohème statt Bohlen – ARTE auf die Acht.....	4
25 unter 35.....	4
Vegetarisches Essen.....	4

## **Für Demokratie Courage zeigen**

Die sächsischen Jusos begrüßen die Entscheidung des Bundestags und der Bundesregierung die Programme gegen Rechtsextremismus fortzusetzen. Wir fordern die sächsischen Landesregierung auf, die Maßnahmen der Bundesregierung zu unterstützen.

Nachdem die Terrorpläne Rechtsradikaler in München und anderen Orten bekannt geworden sind, ist eine erneute öffentliche Diskussion über die Gefahren des Rechtsextremismus entbrannt. Trotz des von Gerhard Schröder ausgerufenen „Aufstandes der Anständigen“ schlummerte das Thema in den letzten Jahren vor sich hin, obwohl der Rechtsextremismus nicht an Bedeutung und Gefahr verloren hat. Durch die verschiedenen Förderprogramme der Bundesregierung, wie z.B. XENOS, Civitas oder Entimon, entstand gerade in Ostdeutschland eine vielfältige Trägerlandschaft, die sich in der antirassistischen und demokratischen Kulturarbeit etabliert haben. Viele konnten nur durch bundespolitische Unterstützung strukturelle Hilfe erhalten, in den eigenen meist CDU-regierten Bundesländern wurden solche Initiativen meistens allein gelassen und erhielten keine finanzielle Unterstützung.

Durch verschiedene Studien wurden die Programme gegen Rechtsextremismus evaluiert. Gerade in der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde eine starke Differenzierung bei den Projekten deutlich. Deshalb brauchen wir eine externe wissenschaftliche Begleitung für die Projekte gegen Rechtsextremismus. Diese Evaluierung soll die Grundlage für die Fortsetzung der Förderung der verschiedenen Projekte sein.

## **Gleichberechtigung für Schwule und Lesben**

Die Jusos Sachsen begrüßen ausdrücklich den seit 01.08.2001 in Kraft getretenen ersten Teil des Lebenspartnerschaftsgesetzes (LPartG). Unsere Solidarität gehört allen gleichgeschlechtlich orientierten Menschen und deshalb stellen wir uns öffentlich gegen die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, zügig das Lebenspartnerschaftsergänzungsgesetz als 2. Teil des LPartG auf den Weg zu bringen. Darüber hinaus fordern wir die sächsische Staatsregierung auf, durch ein Ausführungsgesetz gleichgeschlechtlichen Paaren die Möglichkeit einzuräumen, ihre Partnerschaft auf einem Standesamt eintragen zu lassen.

Die Jusos Sachsen stellen den Antrag an den SPD-Landesparteitag und an den Juso-Bundeskongress:

Wir sächsischen Jusos fordern, in Art. 18 Abs. 3 SächsVerf und Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG die sexuelle Identität als Diskriminierungsverbot mit aufzunehmen.

## **Politik statt Basta!**

Der Juso-Landesvorstand wird beauftragt folgende Position bei Gelegenheit zu veröffentlichen: Wir Jusos Sachsen fordern die SPD-geführte Bundesregierung, den SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich im Gesetzgebungsprozess und bei der Diskussion von Reformen von der momentanen „Basta-Politik“ zu verabschieden und verstärkt parteiöffentliche Meinungsbildungsprozesse zuzulassen und einzubeziehen. Expert(inn)enkommissionen sind gerade bei komplexen Themengebieten ein wichtiges Mittel im Prozess der Gestaltung von Reformvorhaben. Ihre Ergebnisse und Empfehlungen dürfen jedoch nicht schon vor ihrer Veröffentlichung als unumstößlich gelten, sondern müssen in der Partei breit diskutiert werden können.

## **Für eine starke Jugendkultur**

Es darf keine weiteren Kürzungen bei der Jugendhilfe geben. Die unsichere finanzielle Situation trifft neben der örtlichen Jugendarbeit auch die überörtliche Jugendverbandsarbeit, die jedes Jahr aufs Neue ums Überleben kämpft.

Wir unterstützen den notwendigen Ausbau der vorschulischen Betreuungsstruktur und der Hortangebote. Diese müssen von der Staatsregierung angemessen finanziert werden. Dieser Ausbau darf jedoch nicht zu Lasten anderer Angebote erfolgen.

Mehr als 2/3 der Leistung der Jugendhilfe werden durch die freien Träger angeboten. Sie sichern das Leistungsangebot der Jugendhilfe ab und müssen auch als Leistungsträger anerkannt werden.

Die Staatsregierung ist aufgefordert, verbindliche Fördergesetze zu erlassen. Aus der Jugendhilfe können nicht immer mehr Leistungen finanziert werden, ohne den finanziellen Rahmen zu erweitern. Die Träger der Jugendhilfe brauchen Planungssicherheit. Dazu müssen die Haushaltsmittel spätestens am Ende eines Jahres für das darauf folgende Jahr zur Verfügung stehen.

Es muss einen Rechtsanspruch auf Jugendhilfeförderung geben. Wir fordern daher die Änderung des Sächsischen Landesausführungsgesetzes des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG).

## **Studiengebührenverbot**

Die Jusos Sachsen lehnen die Einführung jeder Art von Studiengebühren, d.h. auch Studienkontenmodelle, Bildungsgutscheine oder eine Akademikersteuer, generell ab.

Die Jusos Sachsen fordern den SPD-Landesvorstand auf, diesen Punkt ins Wahlprogramm für die Landtagswahl 2004 aufzunehmen.

## **Reform des Bestattungsrechtes im Freistaat Sachsen**

Die sächsischen Jusos setzen sich für ein modernes liberales Bestattungsrecht ein. Sie fordern die überfällige Reform der deutschen Bestattungskultur, welche die freie Religionsausübung beschränkt, für das Gebiet des Freistaats Sachsen.

Wir fordern daher:

- Aufhebung des Friedhofzwanges für Totenaschen
- Aufhebung des Sargzwanges bei religiösen Gründen (z.B. bei Bürgern moslemischen Glaubens)
- Erleichterung von Seebestattungen

## **Wider Softwarepatente**

Wir sächsischen Jusos sprechen uns entschieden gegen eine Einführung von Softwarepatenten, wie es sie in den USA bereits gibt, aus.

Sollte die Europäische Union, entgegen den bisherigen Anzeichen, doch für eine Einführung der Patentfähigkeit von immateriellen Gütern wie Software entscheiden, werden wir uns mit einem Offenen Brief an die Bundesregierung wenden, in dem wir einen Einspruch und die Ablehnung der Umsetzung der Gesetzesvorlage fordern, wie es im Fall des Werbungsverbot für Tabakprodukte geschehen ist. Außerdem treten die sächsischen Jusos als Unterstützer für Kampagnen auf, die sich gegen eine Patentierung von Software einsetzen.

## **Erhaltung des Rechts auf digitale Privatkopie**

Bei der Schaffung des „Zweiten Korbes“ der Urheberrechts-Gesetzes-Novellierung soll eine Überarbeitung des §95a dahingehend durchgeführt werden, dass auch für Privatanwender/innen eine digitale Archivierung und digitale Privatkopie einer nach §53 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 legalen Vorlage möglich ist.

Mit dieser Forderung werden sich die sächsischen Jusos in einem Offenen Brief an Justizministerin Zypries (SPD) wenden. In diesem Brief werden auch die Forderungen vom Offenen Brief der Jusos Leipzig-Borna vom 28. Januar 2003 aufgegriffen und wiederholt.

## **Bohème statt Bohlen – ARTE auf die Acht**

Die Jusos Sachsen unterstützen die Kampagne des öffentlichen Kultursenders ARTE: „ARTE auf die Acht“. Die Landesdelegiertenkonferenz ruft alle SozialdemokratInnen dazu auf, ARTE den Programmplatz auf ihrer Fernbedienung zur Verfügung zu stellen.

## **25 unter 35**

Wir sächsischen Jusos fordern die SPD Sachsen auf, bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten zu allen kommenden Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen sicherzustellen, dass jungen Parteimitgliedern unter 35 Jahren die Gelegenheit zur Kandidatur gegeben wird. Die an der Nominierung beteiligten Gremien (Delegierten-, Mitgliederversammlungen, Landeswahlkonferenz, Landesvorstand und Landesparteirat) tragen Verantwortung dafür, dass junge Kandidat(inn)en eine reale Wahlchance durch eine entsprechende Listung erhalten: 25 Prozent unter 35 Jahren ist dabei die Maßgabe.

## **Vegetarisches Essen**

Bei zukünftigen Landesdelegiertenkonferenzen sind die Caterer vertraglich zu verpflichten, bei vegetarischem Essen auch vegetarisch zu liefern.